

# Der Maler

Organ des Verbandes der

## Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Gescheit Sonnabends

Abonnementpreis 3 M pro Quartal bei freier Zusendung unter Kreuzband 4 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Hamburg 88, Alster-Terrasse Nr. 10  
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:  
Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11508

### Auf zur Werbearbeit in allen Filialen und Zahlstellen!

Ostern ist vorüber. Im ganzen Verbandsgebiet gilt es jetzt in den kommenden Wochen die Frühjahrs-agitation durchzuführen. Um wiederum wie im Vorjahre auf guten Erfolg rechnen zu können, ist es daher notwendig, alle geeigneten Kräfte heranzuziehen. Jeder pflichttreue, erfahrene Verbandskollege muß sich nach den getroffenen Vorbereitungen in den Filialverwaltungen freudig zur Verfügung stellen.

### Werbt neue Mitglieder! - Stärkt den Verband!

## Die Zukunft des Arbeitsmarktes.

In den großen Industrieländern, in Deutschland, England, den Vereinigten Staaten, unter den kleineren in der Welt herrscht Arbeitslosigkeit großen Umfangs. Im wesentlichen sind dafür zwei Gründe verantwortlich: Konjunkturstand auf dem inneren Markt (Deutschland) und in der Ausfuhr (England) und die Freisetzung von Arbeitern infolge der Rationalisierung (Vereinigte Staaten). Man in der Wellenbewegung der kapitalistischen Produktion der Abschnitt des Aufschwungs oder gar die Hochkonjunktur eintritt, dann finden die durch die Rationalisierung freigesetzten Arbeiter Beschäftigung, obwohl dies leicht und keineswegs rasch erfolgen kann, wie das Spiel der Vereinigten Staaten zeigt, wo zur Zeit in der Wirkung der Rationalisierung trotz Hochkonjunktur eine außerordentliche große Arbeitslosigkeit vorliegt. Fällt aber die Freisetzung mit einem Konjunkturstand zusammen, so wird die Arbeitslosigkeit noch häufiger erhöht. Die Freisetzung von Arbeitern erfolgt in Produktionszweigen, wo die Ersparnisse durch die Rationalisierung am größten sind, und in denen die Maschinisierung am meisten fortgeschritten ist, wie in der Brennstoffwirtschaft, Eisen- und Stahlindustrie, Elektrizitäts- und Holzindustrie usw.

Im jüngst veröffentlichten Jahresbericht der englischen Schrift „Manchester Guardian Commercial“ versucht der Nationalökonom Professor Cannan uns über die Folgen der Freisetzung der Arbeitskraft in den ersten Industriezweigen zu beruhigen. Man soll endlich meint Professor Cannan, von der Vorstellung loskommen, daß die Arbeiter überwiegend in den Grundindustrien (Stapelindustrien) beschäftigt werden müssen und Kenntnis nehmen, daß andere Industriezweige, die gewöhnlich als Luxusindustrien bezeichnet werden, wie zum Beispiel Auto- und Filmindustrie usw. einem stets größeren Teil der Arbeiterbevölkerung Beschäftigung geben werden. Der Fortschritt der Wissenschaft und der Technik mache es leichter, die wichtigsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Für deren Befriedigung sei ein stets geringerer Arbeitsbedarf notwendig, zumal die Nachfrage nach den Gegenständen dieser Bedürfnisse nicht allein sehr ausdehnbar ist. Man jemand sieht, daß er mit einem Viertel seiner Arbeitskraft die gleiche Menge von Lebensmitteln haben kann, für die er früher die Hälfte seiner Arbeitszeit verwenden mußte, wird er einen größeren Teil seiner Arbeitszeit für die Erzeugung von weniger wichtigen Artikeln verwenden. Halb wachsen bei fortschreitender Zivilisation die Luxusindustrien stets viel rascher als die Grundstoffindustrien. Die Unterbringung der freigesetzten Arbeiter kann viel leichter in den Luxusindustrien, als in den Grundindustrien erfolgen.

Die Beobachtung von Professor Cannan, daß die freigesetzten oder auf dem Arbeitsmarkt neu auftretenden Arbeitskräfte stets mehr in die Luxusindustrien strömen oder für Dienstleistungen beschäftigt werden, ist zweifellos richtig und stützt sich auf die Erfahrungen in England, wo bei der großen Arbeitslosigkeit in den Grundindustrien, wie im Bergbau, Textil-, Eisen-, Stahl- und Textilindustrie, Beschäftigungsmöglichkeiten in der Kunstseide-, Gramophon-, Radio-, Filmindustrie usw. vorhanden sind. Außerordentlich bezeichnend ist für diese Entwicklung der jüngste Bericht des amerikanischen Handelsministeriums über den Arbeitsmarkt der Vereinigten Staaten, der von einer Abwanderung größten Umfangs von der Industrie in Handel, Kunsthandwerk und persönliche Dienstleistungen Redenshaft

gibt. So sind zum Beispiel in der amerikanischen Automobilindustrie — die Herstellung von Automobilen nicht gerechnet — drei Millionen Personen im Automobilhandel und mit der Reparatur beschäftigt.

Die Beobachtungen über die Veränderungen in der Beschäftigung der Arbeiterbevölkerung geben jedoch noch keinen Aufschluß über die letzten Gründe dieser Entwicklung.

**Aufklärung ist richtige, volle bestimmte Einsicht in unsere Natur, unsere Fähigkeiten und Verhältnisse, heller Begriff über unsere Rechte und Pflichten und ihren gegenseitigen Zusammenhang. Wer diese Aufklärung hemmen will, ist ganz sicher ein Gauner oder ein Dummkopf, oft auch beides; nur zuweilen eins mehr als das andere.**

Summe.

Das Abströmen von Arbeitskräften von der Industrie in den Handel und Verkehr mag allerdings darin begründet sein, daß die Produktion der Waren viel eher rationalisiert werden kann, als deren Verteilung, weshalb bei steigenden Produktionsmengen die Zahl der Arbeiter, die die Waren herstellen, gleichbleiben oder sinken kann, während das zur Verteilung jener Waren nötige Personal wächst. Auch ist es zweifellos richtig, daß bei steigender Gesamtproduktion auch der Luxusverbrauch der Massen, der sogenannte leichte Luxus, zunimmt, und auch die minderbemittelte Bevölkerung Bedürfnisse nach verschiedenen Annehmlichkeiten des Lebens (Sport, Kino, Theater usw.) entfaltet, für deren Befriedigung häufig nicht eine Industrieproduktion, sondern Dienstleistungen notwendig sind. So wichtig auch diese Tendenzen sein mögen, so ist der entscheidende Grund für das Abströmen der Arbeitskraft in die Luxusproduktion und für Dienstleistungen die Zunahme der Ungleichmäßigkeit in der Einkommensgestaltung und die dadurch herbeigeführte Steigerung des Luxuskonsums. Die moderne kapitalistische Wirtschaft mit ihren Großbetrieben und Kartellen verhilft den Unternehmern zu gewaltigen Gewinnen, in die sie sich mit ihren leitenden Angestellten teilen. Ein Zwang für die Anlage der Gewinne in eigenen Unternehmen, wie in der Zeit der freien Konkurrenz, als noch der Konkurrenzkampf um den Markt ihnen diesen Zwang auferlegte, besteht vielfach nicht mehr. Im eigenen Unternehmen oder im eigenen Produktionszweig ist es wohl häufig nicht einmal möglich, die Gewinne anzulegen, weil diese bereits mit Kapital übersättigt sind, die Leistungsfähigkeit der eigenen Anlagen kann bereits lange nicht voll ausgenutzt werden. So werden diese Gewinne entweder direkt für Luxuskonsum, darunter die verschiedensten Dienstleistungen, verwendet, oder aber in Luxusindustrien angelegt, deren Produkte aber nur die Bemittelten kaufen können.

Diesem Tatbestand wird in der Arbeit des Kopenhagener Universitätsprofessor Dr. L. V. Birch „Technischer Fortschritt und Ueberproduktion“ (Kielser Vorträge Nr. 21) Rechnung getragen, indem Professor Birch zu folgenden Schlüssen gelangt: Die Arbeiter, die eine höhere Technik erbeutlich macht, brauchen doch kaum zugrunde gehen. Denn wenn sich die Kapitalanhäufung in wenigen Händen fortsetzt, werden die Reichen, deren Bedürfnisse doch begrenzt sind und

die wegen des gesparten Lohnes ihre Waren billiger erhalten, ihr Geld zu Dienstleistungen verwenden. Diener aller Art, Tänzerinnen, Dichter und Künstler, wie am Hofe des Sonnenkönigs und der Medici, werden beschäftigt, ja sogar wissenschaftlich geschulte Sekretäre, wie in den Palästen römischer Aristokraten, die unter ihren Hausklaven Philosophen ausbilden müssen, die ihren Geist befruchten können. Ein solches philosophisches Hausknecht hat natürlich einen sehr hohen Kaufpreis.“ „Die Beschäftigung von zwei Drittel der Arbeiter in einer höheren Technik liefert sicher eine größere Produktmenge, als die Beschäftigung aller Arbeiter in einer niedrigeren Technik. Insofern ist es angebracht, das übrige Drittel als Diensthilfen zu beschäftigen, wenn ein Mißverhältnis zwischen Kapitalmenge und Technik besteht.“ „Ja“ — fügt Professor Birch noch hinzu — „die Beschäftigung eines Drittels der Arbeiter als Diensthilfen hat in der bestehenden Gesellschaft noch ein Gutes, da dadurch die Zunahme der industriellen Reservearmee in den Städten vermieden werden kann.“

Selbstverständlich beziehen sich die Bemerkungen von Professor Birch auf die kapitalistische Wirtschaftsordnung. In einer sozialistischen könnten offenbar die Fortschritte der Technik entweder zu einer sehr erheblichen Verkürzung der Arbeitszeit oder zu einer außerordentlichen Steigerung des Massenwohlstandes und der Bequemlichkeit der ganzen Bevölkerung führen.

Zu ähnlichen Ergebnissen wie Prof. Birch kommt eine kürzlich erschienene Arbeit „Die Freisetzung des Arbeiters durch die Maschine“ von Dr. Gerda Lesser (Hamburger Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Schriften, Heft 7) „Die Einkommensverteilung hat einen bestimmenden Einfluß auf die Festsetzung der Produktionsgrenze: je mehr leichte Verdienste in einer Volkswirtschaft gemacht werden, je ungleichmäßiger die Einkommensgliederung ist, um so überflüssiger werden die Bedürfnisse sein, zu deren Befriedigung die freigesetzten Arbeiter aufgezogen werden. Die der kapitalistischen Wirtschaft eigentümliche Tendenz der Wiederaufsaugung freigesetzter Arbeiter bedeutet also — meint Dr. Gerda Lesser — die Tendenz der Vermehrung der Luxusproduktion: die Gliederung des Sozialproduktes in Güter des notwendigen Bedarfs und Ueberfluß- (Luxus)-Güter verschiebt sich mit wachsender Sozialproduktion zu Gunsten des Anteils der Luxusgüter.“

Bernard Shaw hat die Welt kürzlich mit einem großzügigen Werk über den Sozialismus beschenkt, in dem er die Gleichheit der Einkommen als Hauptziel des Sozialismus bezeichnet. Wie immer man darüber denkt, ob eine vollständige Gleichheit der Einkommen durchführbar oder auch nur erwünscht sei, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die gegenwärtigen gewaltigen Einkommensunterschiede, die einen großen Teil der Bevölkerung zu Dienern der Reichen machen, sozial ungerecht und wirtschaftlich schädlich sind. Eine Lohnpolitik und eine Beeinflussung der Preisbildung — Kartellkontrolle! — vor allem aber eine Steuerpolitik, die den gewaltigen Luxuskonsum der Reichen erschwert, sind nicht allein im Namen der sozialen Gerechtigkeit erwünscht, sondern auch deshalb, damit die durch den technischen Fortschritt freigesetzten Arbeiter in Produktionen untergebracht werden, die Massenbedürfnisse befriedigen und eine verkürzte Arbeitszeit ermöglichen, statt daß sie Dienstleistungen für die Schwerknechte ausführen. Die erwähnten Mittel können sich zwar in der kapitalistischen Wirtschaft, wo Kapitalanlagen und Luxuskonsum aus denselben Gewinnen gespeist werden, nur sehr unvollkommen auswirken. Dennoch darf auf deren Anwendung nicht verzichtet werden.

A. S.

# Bist Du schon Abonnent

# FACHBLATTES?

Deine Filialverwaltung nimmt Deine Bestellung an

## Gewerkschaftliche Jugendleiterkonferenz.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte für den 4. März zu einer Besprechung von Jugendfragen eingeladen, zu der 25 Verbände und 9 Bezirke des ADGB Vertreter entsandt hatten. Zur Erörterung standen das Berufsausbildungs-gesetz, Berufsschulfragen und organisatorische Angelegenheiten.

Ueber den gegenwärtigen Stand der Beratungen des Berufsausbildungs-gesetzes referierte der Jugendsekretär des ADGB, Kollege Masche. Bei seiner Gegenüberstellung des Regierungsentwurfs, der Arbeitgeberforderungen und der Beschlüsse des vorläufigen Reichswirtschaftsrates ergab sich, daß dieser wohl in einigen Punkten eine Annäherung an den gewerkschaftlichen Standpunkt vorgenommen hat, daß aber in den wichtigsten Fragen der Anerkennung der tariflichen Regelung von Lehrlingsfragen und der Durchführung des Gesetzes kein Fortschritt zu verzeichnen ist. Den im Regierungsentwurf aufgestellten Grundsatz der Gleichberechtigung der Arbeitnehmer, dem nach Ansicht der Gewerkschaften bereits im Regierungsentwurf nicht völlig entsprochen wird, haben die Arbeitgeber und mit ihnen die Mehrheit fallen gelassen, indem sie die Mitwirkung der Arbeitnehmer nur auf bestimmte, im Gesetz festgelegte Aufgabengebiete begrenzt wissen wollen. So wichtige Entscheidungen wie die über Anerkennung des Rechts eines Betriebsinhabers zur Lehrlingsausbildung, Entsendung der Beauftragten in die Betriebe zur Kontrolle der Ausbildungs- und sonstigen Verhältnisse, an öffentlichen Stellen zu erstattende Gutachten und anderes will man der gesetzlichen Berufsvertretung, das heißt der Handwerks- und Handelskammer allein überlassen. Charakteristisch ist auch, daß die Mehrheit des Reichswirtschaftsrats das vom Regierungsentwurf den paritätischen Ausschüssen gegebene Recht, Urlaub für Lehrlinge verbindlich festzusetzen, beseitigt hat. Die gewerkschaftliche Forderung nach Einbeziehung der Landwirtschaft fand keine Mehrheit.

Die Aussprache ergab Einmütigkeit darüber, daß das Berufsausbildungs-gesetz für die Gewerkschaften völlig wertlos sein würde, wenn die Auffassung des Reichswirtschaftsrats in den beiden Punkten: Stellung des Tarifvertrages und Durchführung des Gesetzes, etwa Geltung erlangen sollte. Bei den kommenden Beratungen im Reichstag ist deshalb auf die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen zu diesen beiden Punkten das Hauptgewicht zu legen. Wohl würden auch zu der beschlossenen Umwandlung des Verfahrens der Anerkennung der Lehrbetriebe in das der Anerkennung Bedenken geäußert, die Gründe für diese Umwandlung wurden jedoch von der Mehrheit der Teilnehmer als nicht haltbar anerkannt.

Eine kurze Betrachtung der Jugendschutzbestimmungen im Arbeitsschutz-gesetz führte zu der Feststellung, das das Gesetz die Regelung des Urlaubs für Jugendliche nicht bringt. Das ist sehr zu bedauern. Die Konferenz war der Ansicht, daß der Urlaub für Jugendliche nicht, wie es die Begründung zum Arbeitsschutz-gesetz tut, als eine Angelegenheit des Arbeitsvertragsrechtes anzusehen ist, sondern als ein wesentlicher Bestandteil der gesetzlich zu regelnden Jugendschutzmaßnahmen, darum gehört die Urlaubsgewährung an Jugendliche in das Arbeitsschutz-gesetz. Daß der Entwurf den Wochenendurlaub für Jugendliche ermöglicht, wurde begrüßt, doch wurde es für selbstverständlich gehalten, daß der Reichstag die von der Regierung vorgesehene, durch nichts motivierte Grenze von 16 Jahren auf das 18. Lebensjahr erhöht.

Bei der Erörterung von Berufsschulfragen wurde als notwendig bezeichnet, daß die Frage des Lohnausfalls für durch Berufsschulbesuch veräumte Arbeitszeit mehr als bisher tariflich geregelt werden müßte. Die schon bestehenden tariflichen Vereinbarungen hierüber sollen allen Verbänden zur Kenntnis gebracht werden. Ueber den Stand der Gewerbelehrausbildung gab dann der Bildungssekre-

tär des ADGB, Kollege Seifler, eine ausführliche Uebersicht, die zu eingehender Diskussion führte. Besont wurde hierbei allgemein, daß die Zusammenarbeit der Verbände mit der Lehrerschaft der Berufs- und Fachschulen sowohl zentral wie örtlich noch enger als bisher werden müßte.

Die besprochenen organisatorischen Angelegenheiten betrafen erstens einen 14tägigen Jugendleiterlehrgang an der preußischen Hochschule für Leibesübungen in Spandau, der im Juni dieses Jahres stattfinden soll, zweitens die Unfall- und Haftpflichtversicherung für Jugendveranstaltungen, drittens den Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände, sowie viertens die Frage, ob eine gegenseitige Abgrenzung der Tätigkeitsgebiete der Verbände und der Bezirke des ADGB notwendig und möglich sei. Die Konferenz verneinte eine solche Abgrenzung und betonte, daß bei rechtzeitiger gegenseitiger Verständigung über geplante Veranstaltungen Reibungen vermieden werden könnten. Die Absicht, auf einer gemeinsamen Jugendführertagung der Gewerkschaften, Sozialistischer Arbeiterjugend und Arbeiter-sportler im Mai oder Juni dieses Jahres Fragen der sozialistischen Jugendzuehung und solche der gemeinsamen Interessenvertretung zu behandeln, wurde gutgeheißen. Die bevorstehende Herausgabe einer Schrift für Mitarbeiter in der Jugendwohlfahrt und Jugendpflege wurde begrüßt und weiter gewünscht, daß eine weitere Schrift über die Mitarbeit an der Berufsschule und eine über die Aufgaben der gewerkschaftlichen Jugendkartei veröffentlicht wird. Mit einer besonderen Aussprache der Bezirksvertreter über ihre organisatorischen Erfahrungen schloß die arbeitsreiche Tagung.

## Die internationale Steuerungs-welle.

Das wirtschaftliche und soziale Schicksal eines Volkes ist mit dem Stande der Warenpreise auf das engste verknüpft. Die Höhe des Realeinkommens ist, neben der nominellen Höhe, vom Preisniveau abhängig. Die Umsatz-tätigkeit in der Gesamtwirtschaft, die Ausmaße der Kapitalbildung, die Rentabilität des Einzelunternehmens — alle diese für die Konjunktur einer Gesamtwirtschaft bedeutsamen Faktoren stehen zu dem Warenpreis in enger Beziehung. Kein Wunder, daß deshalb die Bestrebungen, den Preisstand zu messen und die Preisbewegung zu erforschen, der nationalökonomischen Theorie und Praxis von jeher ein wichtiges Betätigungsfeld boten. Nun enthalten die Worte „teuer“ oder „billig“ Begriffe, die nur in Beziehung zu einem andern Begriff sinnvoll werden. Eine Ware ist billig oder teuer im Vergleich zu einem früheren Zeitpunkt, im Verhältnis zu einer andern Ware mit ungefähr gleichen Herstellungskosten und gleichem Gebrauchswert, oder im Vergleich zu ihrem Preise in andern Orten, Gegenden oder Ländern; das alles sind Beziehungen, die, wenn auch nicht immer ausgesprochen oder gar bewußt, das schicksalsschwere Wort „teuer“ begleiten.

Wie selten ein Ereignis während des letzten Jahrhunderts, hat der Weltkrieg in allen an dem gewaltigen Völkerringen beteiligten Ländern, wie auch in den neutralen Staaten, das Preisniveau durcheinander gewirfelt. Ueberall ging die Preiswelle hoch, nur im Zeitpunkt ihres Anstiegens und Niedergehens und in ihren Ausmaßen sind Unterschiede in den einzelnen Ländern erkennbar, verschont davon aber blieb keines. Von England ausgenommen, hatten alle europäischen Länder, die am Kriege beteiligt waren, eine Inflation. Erst während der letzten Jahre, als die deutsche Währung schon lange stabilisiert war, gelang allgemein die Angleichung an die stabilen Vorkriegsverhältnisse. Zurück blieb nur ein gegenüber den letzten Vorkriegsjahren höher gelagertes Preisniveau, das für die einzelnen Staaten im folgenden näher dargestellt werden soll.

In fast allen mittel- und osteuropäischen Ländern rechnete man während der Nachkriegsjahre schon einmal mit Zahlen, die früher selbst dem Mathematiker nur theore-

tische Größen waren. Wie es heute um das Preisniveau in diesen Ländern steht, mag ein Blick auf ihre Kleinhandelsziffern lehren. Diese standen in:

	Deutschland	Oesterreich	Ungarn	Tschechoslowakei
1913/14 . . . . .	100	100	100	100
Juli 1926 . . . . .	142,4	103	108	728
„ 1927 . . . . .	150	106	110	758
„ 1928 . . . . .	152,6	108	118	758
November 1928 . . . . .	152,3	109	118	730

Der deutsche Lebenshaltungsindex zeigt seit Währungsstabilisierung ein dauerndes Ansteigen, das bis Januar dieses Jahres, wo er mit 153,1 ausgewiesen wurde, anhält. Nicht in dem Ausmaße ist gegenüber der Vorkriegszeit die Mehrzahl der Lebenshaltungskosten in Oesterreich gestiegen, wobei zu beachten ist, daß der österreichischen Indexberechnung nicht wie in Deutschland der Feuerungsstand von 1913/14, sondern nur von Juli 1914 zugrundegelegt ist und außerdem sich die Erhebungen nicht auf eine Vielzahl von Städten erstrecken (in Deutschland 72), sondern auf die Hauptstadt Wien begrenzt sind. Ähnliches trifft auf den Erhebungsmodus in Ungarn zu, wo als Grundlage zwar das Jahr 1913 genommen ist, aber ebenfalls nur in einer Stadt, nämlich Budapest, die Berechnungen vorgenommen worden sind. Der Tschechoslowakei ist es verhältnismäßig früh gelungen, ihre Währung zu stabilisieren, allerdings auf einem recht hohen Stand. Nur einmal, im Jahre 1924, sank der Prager Index unter 700, um bald wieder darüber zu steigen und, von unbedeutenden Schwankungen abgesehen, diesen hohen Stand beizubehalten.

Ein Blick auf die Preisverhältnisse in den europäischen Staaten, die im Weltkrieg Siege blieben, zeigt, daß auch dort der Krieg im Preisniveau seine verheerenden Wirkungen hinterlassen hat. Es stand der Lebenshaltungsindex in:

	England	Frankreich	Belgien	Italien
1913/14 . . . . .	100	100	100	100
Juli 1926 . . . . .	170	485	174	640
„ 1927 . . . . .	164	525	204	548
„ 1928 . . . . .	165	105	205	143
November 1928 . . . . .	168	105	216	146

England blieb von einer Inflation verschont, doch zeigt die Entwertung des englischen Pfund Sterling die zeigt der hohe Stand von 168, den der aus 630 Städten ermittelte Lebenshaltungsindex erklommen hat. Frankreich, das seine Währung erst sehr spät endgültig zu stabilisieren vermochte, veröffentlicht seit der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres einen auf Gold umgestellten Index, der auf der Grundlage der Pariser Preisverhältnisse errechnet und quartalsweise veröffentlicht wird. Er stand im November 1928 auf 105. Belgien hat als Basis (100) das Jahr 1921 genommen. Seitdem haben sich die Kleinhandelswarenpreise um über das Doppelte erhöht. Italien gibt seit Anfang 1928 ebenfalls einen Goldindex bekannt, dessen tiefster Stand bisher mit 142 und dessen höchster Stand mit 145 angegeben wurde.

So entwickelten sich die Preisverhältnisse in den sogenannten Siegerstaaten. Ueber die Feuerungsbewegung in den neutralen Ländern unterrichtet folgende Tabelle:

	Schweden	Dänemark	Norwegen	Holland	Schweiz
1913/14 . . . . .	100	100	100	100	100
Juli 1926 . . . . .	172	184	220	171	162
„ 1927 . . . . .	169	176	203	167	160
„ 1928 . . . . .	173	176	193	170	161
Novemb. 1928 . . . . .	172	172	184	169	162

Also auch in diesen Staaten ist, soweit die Warenpreise in Frage kommen, von „legendären Wirkungen“ des Weltkrieges nicht das mindeste zu spüren. Der schwedische und dänische Arbeitsmann bezahlt seinen Lebensunterhalt heute mehr als 70 % teurer als in Vorkriegszeiten, während in Norwegen eine fast hundertprozentige Preis-

## Stoßfeuer eines Ausgelernten.

Vier Jahre sind nun glücklich um.  
Ade nun, Lehrkollegium!  
Ich fühl' jetzt stolz; Selbst ist der Mann  
und biete meine Kräfte an.

Ade nun, Meister, Meisterrin,  
Dir ist am krautigsten zu Sinn;  
wer klopft nun Teppich, hackt nun Holz?  
Der Lehrling wandert fort mit Stolz.

Zum Gruß, Kollegen! Nehmt mich auf!  
Ich tret' in Euren Lebenslauf,  
habt mir Vertraun, wir wollen seh'n,  
und werden beieinander stehn.

Gefelle! Wie das Wort beglückt,  
wie eigne Tat mich froh entzückt.  
Zur Hand denn Pinsel, Lineal —  
Das Leben lecht im Hoffnungsstrahl!

August Steinbrügger.

## Deutsche Kunstgemeinschaft.

Die deutsche Volkstheaterbewegung nur als eine Art Kunstverein bewerten zu wollen, und ihre soziale, künstlerische und theaterwirtschaftliche Bedeutung auf das Maß einer im Organisatorischen sich erschöpfenden Vereinigung herabzumindern, wäre ein oberflächliches Unternehmen. Denn das organisatorische Problem innerhalb der Volkstheaterbewegung ist vornehmlich ein pädagogisches: die

Hunderttausende sollen zur Anteilnahme und zum Bereitsein ohne jede Ausdringlichkeit der Akteure erzogen oder doch wenigstens in den genießenden und mitarbeitenden Kreis des kulturellen und künstlerischen Geschehens gestellt werden. Wer jemals der inneren Lebendigkeit vieler Ortsvereine, der wachsenden Begeisterung der in vielen Städten veranstalteten Besprechungsabende und Arbeitsgemeinschaften Zuschauer sein durfte, glaubt an dieses vom Geist hoher Gemeinschaft und künstlerischer Verantwortung getragene Bemühen.

Was nun die Volkstheaterbewegung zur Bildung eines lebendigen und sozialen Kulturlebens, einer vernunft- und planmäßigen Führung des Theaters, einer verantwortungsbewußten Förderung junger Dichtung und Musik ist, soll die Anfang 1926 ins Leben gerufene, durch die dankenswerte Aktivität des Staatssekretärs, Genossen Heinrich Schulz, vorbereitete und beschleunigte, von vielen namhaften Künstlern, Politikern, Gelehrten unterstützte „Deutsche Kunstgemeinschaft“ zur Pflege der bildenden Künste für die arbeitende Bevölkerung sein. Als eine Vereinigung gemeinnützigen Charakters umfaßt die „Deutsche Kunstgemeinschaft“ vor allem „Kunstfreunde und Künstler zur gemeinsamen Förderung des Kunstverständnisses und zur Ausbreitung des Kunstbesitzes im deutschen Volke“. Dieses Unternehmen muß auf das freudigste begrüßt werden! Verbindet sich doch hier die selbstverständliche nationale Pflicht den Kulturgütern gegenüber mit der sozialen und künstlerischen Verantwortung der werktätigen Bevölkerung, und wird doch hierin einem stärkeren Maße für eine Notwendigkeit Sorge getragen, die schon lange bis zur Gründung der „Deutschen Kunstgemeinschaft“ als Mangel empfunden, und der nur durch die wenigen Versuche der Bildungsausschüsse sozialistischer Parteien und sonstiger Eigenunternehmungen der Arbeiterschaft abgeholfen wurde.

Unterstützt vom Reichsministerium des Innern, dem Reichsarbeitsministerium und dem Reichsfinanzministerium, auch in finanzieller Hinsicht, gefördert und empfohlen von namhaften Frauen und Männern wie Max Liebermann, Käthe Kollwitz, Paul Löbe, Richard Strauß und andern, gehören dem Arbeitsausschuß, dem die organisatorische und künstlerische Führung untersteht, Männer wie Staatssekretär Heinrich Schulz, Mater Hans Baluschek, Staatsminister außer Dienst Wolfgang Heine, Dr. Siegfried Nestriepke, Dr. Max Osborn und andern an. Die Mitgliedschaft ist durch einen Mindestjahresbeitrag von 12 M und einer einmaligen Eintrittsgebühr von 2 M für Einzelpersonen, Vereinen, Behörden und sonstige Körperschaften zu erlangen, wofür die Berechtigung zum Kauf zu den Abzahlungsbedingungen der „Deutschen Kunstgemeinschaft“, freier Eintritt zu den Kunstausstellungen, wertvolle Preisermäßigungen bei allen gesellschaftlichen Veranstaltungen und eine künstlerische Jahresgabe in Form handgezeichneten Originalgraphen erworben wird, die alljährlich zu Weihnachten durch eigene Wahl unentgeltlich erworben wird, geboten werden.

Der Hauptzweck der Vereinigung liegt in der Veranstaltung selbständiger oder in Verbindung mit interessierten Stadtverwaltungen, Vereinen, Regierungen, Firmen usw. vorgeführten Kunstausstellungen im ganzen Reich, die vornehmlich pädagogische, das heißt dem Bestreben einer künstlerischen Volkserziehung unterstehende Gesichtspunkte zum Anlaß haben, und die zum Kauf anregen sollen, um endlich einmal dem sentimentalen und kitschigen Barbarismus der Wohnräume, Sitzungszimmer und der sonstigen Lokalitäten Einhalt zu gebieten. Gemälde, Graphikblätter, Plakate, Aquarelle, Zeichnungen, künstlerische Originalkeramik können so zu Auktionspreisen ohne Zinsenaufschlag durch monatliche Ratenzahlungen in dem Besitz des Hand- und Kopparbeiters, des Partikelverehrs, der

# Berufliches Wissen tut not

# Lest unser FACHBLATT DER MALER!

igerung eingetreten ist. Ähnliches gilt, wie vorstehendem Bild zu entnehmen ist, auch von Holland und der Schweiz.

Auch die Ost- und Balkanstaaten wurden von der hochgehenden Preiswelle der Nachkriegsjahre überflutet. Es hier die Kleinhandelsindex in:

	Russland	Polen	Bulgarien	Rumänien
1913/14	100	100	100	100
Juli 1926	207	178	2886	3340
" 1927	199	115	2788	3000
" 1928	209	128	2861	4086
November 1928	—	125	—	4230

Dem russischen Lebenshaltungindex sind die Preisverhältnisse aus 229 Städten des Riesereiches zugrunde gelegt. Ihr Durchschnitt ergibt gegenüber 1913 eine Steigerung um mehr als das Doppelte. Polen veröffentlicht nur die Preisverhältnisse seiner Hauptstadt Warschau und ist von der Grundlage Januar 1914 = 100 aus. Die erheblichen Preischwankungen dort erklären sich aus den verworrenen Verhältnissen und den erforderlichen Maßnahmen, die angestellt werden mußten um ein einigermaßen neues Spiegelbild der Preisbewegung zu erhalten. Bulgarien und Rumänien befinden sich, wenn wir die Höhe des Preisniveaus betrachten, noch im Zustande der Inflation, denn auch das vergangene Jahr kein so rasches Absinken des Geldwertes brachte, wie es in den vorhergehenden Jahren der Fall war.

Wenn wir nun unser Augenmerk andern Erdteilen zuwenden, so finden wir, daß auch dort gegenüber Vorkriegsverhältnissen gewaltige Preissteigerungen eingetreten sind. Der Lebenshaltungindex stand in:

	Ver. Staaten von Nordamerika	Canada	Australien	Brit. Indien
1913/14	100	100	100	100
Juli 1926	176	153	158	177
" 1927	172	151	157	176
" 1928	170	151	157	185
November 1928	170	153	155	185

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika werden allgemeinen höhere Löhne gezahlt als in den europäischen Ländern. Die Steigerung des Nominallohnes gegenüber der Vorkriegszeit mußte ganz gewaltig sein, um überhaupt eine Steigerung der Kaufkraft zu ermöglichen. Dem amerikanischen Index liegen Preisberechnungen von 200 kanadischen von 80 und dem australischen von 100 Städten zugrunde, während sich die Preissteigerung in Britisch-Indien nur auf Bombay bezieht.

Zusammenfassend ergibt ein Blick auf die internationalen Preisverhältnisse, daß der Weltkrieg in allen beteiligten und neutralen, in allen Sieger- und besiegten Staaten, eine gewaltige Steigerung der Warenpreise zur Folge hat. Besonders hart wirkt diese Last auf die unteren Schichten des Volkes, denen jede Preissteigerung eine fortwährende Verschlechterung ihrer Lebenshaltung bedeutet. Es sind das die großen Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger. Die natürliche, aus dem sozialen und wirtschaftlichen Lebenswillen geborene Reaktion hierauf ist die Forderung der Gewerkschaften, die in Zeiten so anormaler Verhältnisse geboren haben, im Menschheitsinteresse eine besonders wichtige Aufgabe zu erfüllen hat.

## Aus unserm Beruf

**Köln.** Vor Eintritt in die Tagesordnung unserer 13. Versammlung erfüllte der Vorsitzende, Kollege v. g., die traurige Pflicht, die anwesenden Kollegen von dem Ableben unseres Hauptkassierers, des Kollegen Joseph v. r., in Kenntnis zu setzen. Er gedachte der Tätigkeit des Verstorbenen und seiner großen Verdienste, die er sich

vor allem in der schweren Zeit der Inflation um die Organisation erworben hatte. Nun hat der Allbewegener Tod, dem keiner zu entinnen vermag, auch von uns unsern Reichen gerissen. Wir werden dem Kollegen allzeit ein treues Andenken bewahren. Die Versammlung hatte sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen erhoben. Der Beschluß des Vorstandes, eine Deputation zur Entschädigung zu entsenden, fand einstimmige Zustimmung. Wegen unkollegialen Verhaltens des Mitgliedes P. Schumacher gegen unsern langjährigen Kollegen S. Köpcke, wurde auf Antrag der Vertrauensmännergruppe der Ausschluß aus dem Verbandsbeschlusse beschlossen. Ueber die stattgefundene Besprechung mit dem Vorstande der Malerinnung betreffs Schumacherkonkurrenz erstattete Kollege Alfred Lange näheren Bericht. Weiter berichtete der Vorsitzende über stattgefundene Besprechungen mit dem Vorsitzenden des Arbeitsamtes in der Frage der Sonderregelung über berufliche Arbeitslosigkeit. Die Berichte wurden mit großem Interesse aufgenommen.

## Baugewerblches

### 5 Jahre Dewog-Arbeit.

15 000 Wohnungen für Arbeiter und Angestellte wurden erstellt.

Die Dewog (Deutsche Wohnungsfürsorge-V.G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter) konnte in diesen Tagen auf ein 5jähriges Bestehen zurückblicken. Sie ist seit 1924 die Spitzenorganisation für das freigeberische Genossenschaftliche Kleinwohnungswesen. Ihr Arbeitsgebiet erstreckt sich über das ganze Reich. Zwischen den Gewerkschaften und der Dewog besteht engstes Einvernehmen. Bekanntlich hat auch der Hamburger Gewerkschaftskongress 1928 der Dewog-Organisation die weitere Unterstützung der Gewerkschaften zugesichert.

Jetzt man jetzt das Fazit 5jährigen Wirkens, so können sowohl die Dewog als auch die einzelnen Gewerkschaftsverbände voll Stolz auf die bisherigen Erfolge tatkräftiger Selbsthilfe im Wohnungsbau blicken. Von der Dewog und ihren Tochtergesellschaften sind seit der kurzen Zeit ihres Bestehens rund 15 000 Wohnungen für Arbeiter und Angestellte erstellt worden. Darüber hinaus haben in allen Teilen des Reiches die der Dewog-Revisionsvereinigung angeschlossenen Baugenossenschaften zur Linderung der Wohnungsnot erheblich beigetragen. Nach einer noch nicht vollkommen abgeschlossenen Statistik haben diese Genossenschaften allein 29 300 Neubauwohnungen seit der Stabilisierung der Mark bis zum Stichtag, dem 31. Dezember 1928, erstellt. Zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung und der Gesetzgebung im Sinne fortschrittlicher Wohnungspolitik bedient man sich insbesondere der von der Dewog herausgegebenen Zeitschrift „Wohnungs-Wirtschaft“, die bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erscheint. Anlässlich des 5jährigen Bestehens hat diese Zeitschrift ein aufgestaffeltes Sonderheft herausgebracht. In diesem Heft sind mit Beiträgen vertreten: Reichstagspräsident Genosse Loebe, Reichsarbeitsminister Genosse Wissell, der Vorsitzende des ADGB, Genosse Leipart, der Vorsitzende des ADW-Bundes, Genosse Aufhäuser und der Leiter der Dewog, Genosse Linneke.

Der Geschäftsbericht der Dewog für 1928 geht davon aus, daß im Gegensatz zu den optimistischen Auffassungen zu Beginn des Jahres 1927 durchweg eine recht pessimistische Auffassung über die Möglichkeiten des Wohnungsbaues zu Beginn des Jahres 1928 vorherrschte. Tatsächlich aber wurde erfreulicherweise das Berichtsjahr zu einem Rekordjahr für die Wohnungserstellung. Die Dewog hat im Jahre 1928 ihre Leistungen stark gesteigert. Von den insgesamt erstellten 15 000 Wohnungen wurden

allein im letzten Jahre 7701 Wohnungen erbaut. 11 888 Wohnungen befinden sich im eigenen Besitz der Dewog beziehungsweise ihrer Tochtergesellschaften. Im Verlaufe des Jahres übernahm sie bei allen ihren kritischen Gesellschaften, bis auf eine, feste Kapitalmajoritäten. Zur Durchführung dieser Zusammenfassung wurde das Grundkapital von 400 000 auf 1 000 000 M. erhöht. Die Bilanz weist einen Reingewinn von 74 633 M. auf. Davon erhält der Reservefonds 50 000 M. Zur Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 5 % werden 18 662 M. benötigt und der Rest wird auf neue Rechnung vorgetragen. Die Ansichten des Unternehmens sind weiter günstig. — Die Dewog ist zu einem wichtigen Glied und zu einer notwendigen Ergänzung der wirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeitergewerkschaft geworden. Sie arbeitet Hand in Hand mit andern großen Werken der Arbeiterbewegung, der Volksfürsorge und der Arbeiterbank. Der großen Konsumgenossenschaftsbewegung verschafft sie neue Läden und damit neue Absatzgebiete in den Dewog-Häusern. Die Entwicklung der Dewog ist ein Gradmesser für den festen und unaufhaltsamen Aufstieg der Arbeiterklasse. Der Gedanke der Wirtschaftsdemokratie zeigt hier auf einem Teilgebiet seine praktische Verwirklichung.

## Gewerkschaftliches

### Die Bedürftigkeitsprüfung bei den berufstätlichen Arbeitslosen.

Bekanntlich liegt die Bestimmung vor, daß die Bedürftigkeit zum Bezuge der Sonderunterstützung bei berufstätlicher Arbeitslosigkeit nach Erhalt von 6 Wochen versicherungsmäßiger Arbeitslosenunterstützung geprüft werden muß. Der Endtermin der berufstätlichen Arbeitslosigkeit ist der 16. März. Ziffernmäßige Angaben über die Nichtanerkennung der Bedürftigkeit liegen bisher noch wenig vor. Beim Landesarbeitsamt Mitteldeutschland betrug die Zahl der der Sonderfürsorge Ueberwiesenen Mitte März 92 000 oder 42,5 % der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung. Infolge der Nichtanerkennung der Bedürftigkeit schieden beim obigen Landesarbeitsamt vom 14. Januar bis 28. Februar 5017 oder 3,4 % der berufstätlichen Arbeitslosen aus der Krisenfürsorge aus.

### Gewerkschafter und Zeitschriftenversicherungen.

Die Metallarbeiter-Zeitung brachte kürzlich folgenden treffenden Hinweis: „Daß ein unorganisierter Mann oder dessen Frau eine Zeitschriftenversicherung abschließt, ist schließlich noch zu verstehen. Daß dies aber noch bei einem organisierten Mann vorkommt, das ist einfach unbegreiflich. Es läßt dies weder einen günstigen Schluß auf seine eigene Kenntnis und sein Pflichtbewußtsein noch auf die Aufklärtheit seiner Frau zu. Der erste Agitationsbezirk des Gewerkschafters ist seine Familie. In der Familie, bei der Frau und den Kindern muß mit der Aufklärung begonnen werden, damit sie nicht die teuer verdienten Lohngrößen zum Fenster hinauswerfen oder sie zu den Wegnern fragen, die damit gestärkt werden. Die Arbeiterfrau muß ihr Geld zum Konsumverein und zur Volksfürsorge tragen, also in ihre eigenen Anstalten, allwo sie vor Ueberverteilung gesichert ist und der Sache der Arbeiterklasse dient. Wenn aber die Frau eines Gewerkschafters ihr Geld zu einem bürgerlichen Krämer oder zur Zeitschriften-Versicherung trägt, so ist das ein handgreiflicher Beweis dafür, daß der Gewerkschafter seine Pflicht der Aufklärung bei seiner Frau glibblich vernachlässigt hat.“

Vom 1. April bis 7. April ist die 14. Beitragswoche  
Vom 8. April bis 14. April ist die 15. Beitragswoche

Werkstätten, der Behörde usw. übergeben. kann man schon für Bestellungen von 2 bis 10 M bei der Abzahlungsdauer bis zu zwei Jahren einen wertvollen Gemälde bekannter zeitgenössischer Künstler, signierte Graphik, eine kleine Plastik oder ein schönes Wandbild, also in jedem Falle ein wirkliches Kunstwerk erwerben. Die „Deutsche Kunstgemeinschaft“ hat die Pflege und Förderung aller Kunstausstellungen zu ihrer Bestimmung. Sie hat in dem ihr zukommenden Sinne tapfer in dem Streit der kunstkritischen und kunstempfehlenden Meinungen eingegriffen, als sie sich keiner Unterschlagung zuwenden konnten (die Eierstöcke, die jedem jungen Unternehmen anhaften, müssen wohl verziehen werden), und Maler und Bildhauer aller Richtungen, Sezessionisten wie Akademiker“ lokalpatriotischer Objektivität (was kein heftiger Vorwurf sein soll), Bauhäusler wie aufstrebende Elemente eines noch radikaleren schöpferischen Strebens zu Massen versucht. Demzufolge steht sie „allen Richtungen“ aktiv gegenüber. Sie will zu den Verschiedenartigkeiten künstlerischer Auffassung und Gestaltung ihrerseits nicht Stellung nehmen und ihre Mitglieder nicht bevormunden. Vielmehr sollen sie die Möglichkeit haben, aus allen Kunstausstellungen der Gegenwart uneingeschränkt und frei zu wählen. Eine Beschränkung wird nur insoweit erfolgen, wenn von jeder der verschiedenen Kunstarten nur wirklich gute und wertvolle Werke zur Ausstellung gelangen.“

Dieses Versprechen, das die „Deutsche Kunstgemeinschaft“ damit der Öffentlichkeit gegeben hat, ist innerhalb der letzten drei Jahre erfolgreich Wirklichkeit geworden. In einigen kleineren Verirrungen absehen will, gehalten werden. Mitte Mai 1926 wurde im Berliner Schloß die erste Ausstellung eröffnet, der sich bald darauf eine zweite und dritte, im Niveau gehobener, anschließen konnten. Die Kritik bemängelte man anfangs die noch ziemlich unvollständigen, besonders für die Werke jüngerer Künstler unver-

ständlich hohen Preise, die wohl aus Verkenntnis der Besonderheit des Unternehmens am allgemeinen Kunstmarkt orientiert schien und oft ohne besonderen Grund eine lächerliche und vom Autor zufällig bezeichnete Höhe erreichten, eine Erscheinung, die leider bis heute noch immer nicht ganz ausgeglichen werden konnte. Seit diesen ersten Veranstaltungen, die Liebermann, Baluschek, Winkler-Lannenberg, Eugen Spiro, Jille, Burmann, Büttner, Honigsberger und viele andere zum Auszug brachten, sind bis jetzt nahezu 25 Berliner Ausstellungen gefolgt. Selbständige, zum Teil in Verbindung mit andern Körperschaften, zum Teil von diesen Körperschaften selbständig veranstaltete Ausstellungen haben in den drei letzten Jahren in Breslau, Magdeburg, Schneidemühl, Hannover (Messe des freien Bildungskartells), mehrmals in Hamburg (Weihnachtsmesse des Gewerkschaftshauses), Salzburg, Joppot, Danzig, Cuxhaven, Luckenwalde, Frankfurt an der Oder stattgefunden. Der Umsatz betrug von Mai 1926 bis 31. Dezember 1927 184 452 M., vom 1. Januar 1928 bis 31. Dezember 1928 etwa 169 000 M. Zu den Käufern gehören neben vielen Privatpersonen und Behörden (Ministerien, Oberpräsidien, Stadtverwaltungen usw.) auch der Parteivorstand der Sozialdemokratie, der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, der Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, das Gewerkschaftshaus Kiel. Diese Aufzählung soll als lobendes Beispiel besonders unterstrichen werden. Hier besteht eine dankenswerte Aufgabe vor allem auch für die unter sozialistischem Einfluß stehenden Behörden, die ihre oft von einer gräßlichen Verstaubtheit und Armseligkeit zeugenden Amtsstuben und Sitzungssäle mit guter zeitgenössischer Kunst lebendig machen könnten, ich denke auch an die Versammlungsorte der Arbeiterbewegung, den Volks- und Gewerkschaftshäusern, Jugendheimen und Verwaltungsbüros, und nicht zu allerletzt sollten wir endlich einmal die kitschigen

Wandmalereien von unsern eigenen vier Wänden fegen, etwas Luft machen und damit wieder einen Schritt nach vorne tun.

Die von der „Deutschen Kunstgemeinschaft“ organisierten Ausstellungen sollen überall verlangt und ähnlich wie in Berlin und andern Orten zu besonders günstigen Besuchszeiten (von 9 bis 7 Uhr, selbstverständlich auch Sonntags) gezeigt werden, und man kann glauben, daß dadurch ein nicht geringes für Kunst und Künstler getan wird. Eine besondere Aufgabe für die arbeitende Bevölkerung ist es, diesem sozialen Unternehmen Anteil zu nehmen und seinem Bemühen Aufmerksamkeit und Förderung zu schenken; Pflicht eines jeden ist es, mitzutun am Aufbau einer dem Kunstschaffenden verantwortungsvollen Gemeinde. Walter D. Oschilewski.

## Frühling.

Nun schmückt sich wieder Busch und Baum,  
die Welt träumt ihren Frühlingsstraum.  
Frau Nachbar hängt die Wäsche raus,  
die Alten klöhnen vor dem Haus.  
Im Garten puffelt der Rentier,  
vergift sein Ocht- und Rheumaweil.  
Die Schreiber zum Drogisten ziehn  
und fordern ein Pfund Laubengrün,  
bemalen Gitter sich und Stall —  
und Farben, Farben überall.  
Der Maler sprengt sein Wintergrab  
und gibt die Stempelskarte ab,  
es wird auch langsam für ihn Zeit  
nach langer Arbeitslosigkeit.  
August Steinbrügger.

Sozialpolitisches

Die Bedeutung des Baugewerbes in der Wirtschaft.

Der außergewöhnlich lange und harte Winter hat alle theoretischen Forschungen über Krise und Hochkonjunktur über den Haufen geworfen. Noch nie wurde so sehnlichst nach Frühlingswetter ausgeschaut wie in diesem Jahre. Letzten Endes deshalb, weil man die saisonmäßig daniederliegenden Gewerbetreibenden wieder in Betrieb zu sehen wünschte. Das Baugewerbe spielt dabei die allergrößte Rolle. Da die Finanzierungsbedingungen des Wohnungsbaues in diesem Jahre ziemlich fortgeschritten sein sollen, hofft man auf eine starke Bautätigkeit. Dadurch kann die Inlandskonjunktur eine starke Ankurbelung erfahren. Ueber die Bedeutung des Baugewerbes in der gegenwärtigen Konjunkturperiode bringt das Landesarbeitsamt Westfalen in seinem Bericht vom 22. März folgende Hinweise: "Vor dem Kriege wurde die Bautätigkeit in bestimmter Weise von der Konjunkturlage her beeinflusst. In der Zeit der Depression regte der relativ niedrige Zinsfuß zum Bauen an, so daß die allgemeine Konjunkturlage für die Baukonjunktur entscheidend war. Für die diesjährige Entwicklung dürfte das umgekehrte Verhältnis gelten. Da durch eine rege Bautätigkeit gerade die Absatzlage des Binnenmarktes eine Besserung erfährt, durch dessen mangelnde Aufnahmefähigkeit die rückläufige Konjunktur verursacht wurde, kann von einer günstigen Entwicklung des Baumarcktes her außer einer starken saisonmäßigen Entlastung des Arbeitsmarktes auch eine konjunkturelle Belebung des Beschäftigungsgrades erwartet werden. In Westfalen ist das Baugewerbe für wesentliche Industriezweige ein wichtiger Abnehmer, vor allem für die Großmaschinenindustrie, nicht minder aber auch für die Kleinteilenindustrie. Die Stärkung der durch die Massenarbeitslosigkeit des Winters sehr geschwächten Kaufkraft würde auf einige Zweige der Konsumgüterindustrie lebend wirken." - Der Wohnungsbau muß angesichts der Bedeutung des Baugewerbes in der gegenwärtigen Wirtschaft die größtmögliche Förderung erfahren.

Die Firma Opel geht in amerikanischen Besitz über. Die Mehrheit der neuzugründenden Aktiengesellschaft, in der die Opelbetriebe eingebracht werden, geht auf die größte Automobilfirma Nordamerikas, ja der ganzen Welt, General Motors Co. über. Der Verkaufspreis dieses Mehrheitspakets des Aktienkapitals soll 120 Millionen Mark betragen. Damit hat die Ueberfremdung der deutschen Automobilindustrie große Fortschritte gemacht. Man bedenke, daß die ausländischen Großfirmen in der Fahrzeugbranche bereits in Deutschland sehr weitgehend Fuß gefaßt haben. Weiter ist bereits die NSU. in den Besitz der italienischen Fiat-Werke übergegangen. Ueber eine maßgebende ausländische Beteiligung an der Firma Daimler-Benz ist wochenlang verhandelt worden. Mit dieser Ueberfremdung dürfte eine entscheidende Umwandlung in der deutschen Fahrzeugindustrie bevorstehen. Die General Motors Co. will die Opelwerke als Stützpunkt für ihr europäisches Geschäft ausbauen. Der kleine Opelwagen soll weiter entwickelt und zu einem billigen Volkswagen ausgebaut werden. Der Preis soll nur wenig über 2000 M betragen, womit er der Kaufkraft breiterer Käuferschichten Europas angepaßt sein würde. - Die Entwicklung ist an sich zu bedauern. Die ersten Automobile sind in Deutschland erfunden und entwickelt worden. Nunmehr müssen wir erleben, daß die Mehrheit der deutschen Fahrzeugindustrie in ausländische Hände übergeht. Der größte Teil des Arbeitslohnes wird allerdings bei den überfremdeten Fabriken in Deutschland bleiben. Aber der Unternehmergewinn geht ins Ausland. Ein Vorteil liegt nur darin, daß durch eine Preislenkung der Massenabfabrik an brauchbaren Fahrzeugen bis ins Ungemessene gesteigert werden kann. An diesem Vorteil vermögen breiteste Schichten teilzunehmen. Die Zukunft der deutschen Fahrzeugindustrie ist in Dunkel gehüllt. Die Ueberfremdung ist kein Ruhmesblatt für die Unternehmer der deutschen Autoindustrie.

Wie Reparationen die Arbeiterschaft in Lohnsklaverei stürzen können.

Der englische Nationalökonom M. J. Keynes malt schwarz in schwarz die Folgen der Reparationsleistungen für die deutsche Arbeiterschaft für den Fall, daß der Währungsdruck bei der Uebertragung der Reparationsleistungen in Kraftfall kommen und die Hereinnahme von Auslandskredit... aufhören würde. Mit der Aufbringung der Steuern für Reparationszwecke und der damit erreichten Einschränkung des Inlandsverbrauchs ist es nicht getan; die Reparationen können nur übertragen werden, wenn Deutschland einen gewaltigen Aufschwung über sich zu erzielen vermag. Nach Keynes' Schätzungen muß die gegenwärtige deutsche Fertigwarenausfuhr - bei gleichbleibender Einfuhr - um 40 % gesteigert werden, wenn die nötigen Ausfuhrüberschüsse erreicht werden sollen. Dies erfordert sowohl eine weitgehende Umstellung der deutschen Produktion auf die Ausfuhr wie die Senkung der Preise für Ausfuhrartikel und zwar eine außerordentliche Senkung. Wie können nun die Produktionskosten dementsprechend gesenkt werden? Steigerung der Leistungsfähigkeit kommt nur insofern in Frage, als diese in schnellerem Tempo erfolgt als im Ausland. Die zu erwartende Senkung des Zinsfußes, das heißt Verbilligung der Kapitalverforgung wird für die Senkung der Produktionskosten von Vorteil sein, doch nicht ausreichen. Es wird also nach Keynes allein auf die Herabsetzung der Löhne ankommen, und zwar muß diese Herabsetzung aus den folgenden Gründen einen außerordentlichen Umfang annehmen, um ihr Ziel, die Ausfuhrsteigerung zu erreichen. Einmal weil nicht alle Löhne zu diesem Zweck gesenkt werden können, so nicht bei Produktionen wie der Bauindustrie und bei persönlichen Dienstleistungen, die nicht ausfuhrfähig sind. Ferner nicht dort, wo eine Preislenkung nicht eine entsprechende Steigerung der Nachfrage des Auslandes herbeizuführen vermag; des weiteren, da die ausländische Industrie in Gegenwehr gegen die deutsche mit ihren Löhnen ebenfalls heruntergeht; endlich dort, wo das Ausland den Markt vor der Einfuhr aus

Abrechnung vom 4. Quartal 1928.

Table with financial data for the 4th quarter of 1928. It is divided into 'Einnahme' (Income) and 'Ausgabe' (Expenditure) sections, with sub-sections for 'A. der Filialen' and 'B. der Hauptkasse'. The total sum is 772,181.04 M.

Hamburg, den 28. März 1929.

J. V. Louis Ringel.

Revidiert und für richtig befunden:

Hans Wah, Otto Streine, Peter Mehrens, Bruno Krebs.

Deutschland durch Zollerschöbungen versperrt. Folglich müßten die Löhne in Produktionszweigen, die den erforderten Einschränkungen nicht unterliegen, in einem außerordentlichen Maße gesenkt werden, zumal das Sinken der Reallohne die Leistungsfähigkeit der Arbeiter herabsetzt, weshalb - meint Keynes - dann wieder eine weitere Lohnsenkung pro Kopf notwendig sein würde, um den Rückgang der Leistung auszugleichen. Wie könnte man wohl eine solche drastische Lohnsenkung erzwingen? Die wirksamste Methode ist nach Keynes, daß durch Zusammenschluß der deutschen Industrien Arbeiter entlassen werden, so daß, wenn eine genügende Anzahl von Millionen arbeitslos geworden ist, die Arbeiter einer Herabsetzung ihrer Geldlöhne zustimmen müssen. Des weiteren können die ausländischen Gläubiger durch Zurückziehung ihrer kurzfristigen Anleihen eine große Kreditverknappung herbeiführen, die auf dem Wege über eine schwere Krise die Lohnherabsetzung erzwingen kann. Diese hier geschilderten schweren Folgen auf die Lohnentwicklung können - wie Keynes ausführt - solange nicht eintreten, als Deutschland auf Grund des Dawesplanes den Währungsschutz genießt, weil in diesem Plan die Unmöglichkeit, die Ausfuhrüberschüsse auf normalem Wege zu erreichen, zum Verbleiben der Reparationsgelder in Deutschland selbst und letzten Endes zu einer Ermäßigung der Reparationslast führen muß. Deshalb warnt Keynes vor einer leichtfertigen Aufgabe des Währungsschutzes, die nur dann zu verantworten wäre, wenn die Reparationslast in einem so großen Maße ermäßigt würde, daß dann ihre Uebertragung ohne Erschütterung des Arbeitsmarktes möglich wäre. - Die Ausführungen von Keynes zeigen die großen Gefahren, denen die deutsche Arbeiterschaft in Verbindung mit den Reparationsleistungen ausgesetzt ist. In den nächsten Jahren, solange Auslandskapital noch nach Deutschland eingeführt werden wird, können diese Gefahren noch nicht in Erscheinung treten, doch sind sie für eine spätere Zukunft nicht von der Hand zu weisen. Für die Verhütung jener Gefahren reicht aber der Transferschutz nicht aus. Man kann ihnen auch mit Transferschutz ausgeliefert sein, wie man ihnen unter Umständen auch ohne Transferschutz entgehen kann. Nur die Zusammenfassung aller Kräfte der deutschen Arbeiterschaft und ihr Zusammenwirken mit den vereinten Kräften des internationalen Proletariats vermögen das Unheil, das Keynes hier an die Wand malt, zu bannen.

Aus den Arbeitsgerichten

rd. Untertarifliche Entlohnung. Ein Gehilfe hatte bei Antritt einer Stellung mit seinem Meister einen Lohn vereinbart, der unter dem Tariflohn lag. Während seiner Tätigkeit in der Stellung war der Gehilfe mehrere Male bei seinem Arbeitgeber mit der Bitte vorstellig geworden, ihm einen höheren Lohn zu zahlen, was dieser jedoch ablehnte - das letzte Mal unter Hinweis auf die Lohnverhandlungen, die gerade zwischen den beiderseitigen Interessenverbänden schwebten. - Nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses forderte der Gehilfe im Klagewege die Zahlung der Differenz zwischen dem erhaltenen Lohn und

dem Tariflohn. Der beklagte Arbeitgeber wandte ein, der Gehilfe habe bei Antritt der Stellung ganz klar auf den Tariflohn verzichtet. Der Arbeiter verstoße gegen Treue und Glauben, wenn er jetzt, nach Beendigung seiner Tätigkeit in der Stellung, mit Nachforderungen komme. Indessen hat das Reichsarbeitsgericht, in Uebereinstimmung mit dem Landesarbeitsgericht, den Klageanspruch für begründet erachtet. Der Klage würde nur dann abzuweisen sein, wenn nach den gesamten Umständen des Falles ein klarer Verzicht des Klägers auf den tariflichen Lohnanspruch vorliegen würde. Die an dem Nachweis eines solchen Verzichts zu stellenden besonders strengen Anforderungen können indessen nicht als erfüllt angesehen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Kläger wiederholt an den Beklagten mit der Bitte herangetreten ist, seinen Lohn zu erhöhen, was der letztere auch nicht unbedingt abgelehnt hat. Es ist auch weiter zu bedenken, daß der Kläger während seiner Tätigkeit in der Stellung unter einem wirtschaftlichen Druck stand; denn der Beklagte hat sich zu ergeben, er würde den Kläger entlassen haben, wenn er erklärt hätte, nur zum Tariflohn weiterarbeiten zu wollen. Der etwa in dem Verhalten des Klägers zu erblickende stillschweigende Verzicht würde daher als in einer Zwangslage erfolgt, rechtswirksam sein. Darin, daß der Kläger jetzt entgegen der geschäftlichen Vereinbarung mit seinem Arbeitgeber - den ihm nach Gesetz und Recht zustehenden Tariflohn fordert, kann ein Verstoß gegen Treue und Glauben nicht erblickt werden. (RAG. 223/28.)

Literarisches

Steuervereinlichungsrecht und Finanzausgleich. Vorträge des Reichstagsabgeordneten Wilhelm Reil, gehalten auf der Konferenz der Steuerfachmänner der Sozialdemokratischen Partei in Berlin am 21. Januar 1929. Verlag J. G. W. Deichmann & Co., Berlin SW. 68. - Für jeden in einer gewissem Maße tätig wird die sachkundige Behandlung dieser aktuellen Fragen von besonderem Werte sein. - Handlung mit Ergänzungen zum Taschenbuch der Sozialversicherung, von H. Reil. Stuttgart 1929. Verlag für Wirtschaft und Verkehr. - Durch den soeben erschienenen Zahlenanhang zu dem vorzüglich bearbeiteten, empfehlenswerten Taschenbuch der Sozialversicherung ist das Buch wieder in seinen Abhandlungen zur Sozialversicherung auf den derzeitigen Stand der Gesetzgebung gebracht worden. - Handbuch für Betriebsräte in Gewerbe- und Staatsbetrieben. Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes der Gewerbe- und Staatsarbeiter, Berlin SO. 38, Gieselsche Straße 42, bearbeitet von Rudolf Weid. - Das Handbuch enthält die arbeitsrechtlichen Gesetze und Verordnungen sowie die zu den einzelnen Bestimmungen bisher vorliegenden Spruchpraxis des Reichsarbeitsgerichts. - Handlungen sollen in manchen Fragen die Zusammenhänge erläutern. Das Handbuch kostet für Betriebsratsmitglieder 2,60 M, sonst 4 M. Wer mit Betriebsratsfragen zu tun hat und ein gutes Nachschlagewerk braucht, sollte an dieser Neuerscheinung nicht achtlos vorbeigehen und sie bestellen.

Gewerkschaftsarchiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gewerkschaftlichen Bewegung. Herausgegeben von Karl Zwilling, Jena. Märzheft 1929. Verlag Karl Zwilling, Verlagbuchhandlung, Jena. Vierteljahrsabonnement 3,60 M. Wirtschafts-Informations-Dienst. Schriftleitung: Kurt Selig, Berlin. Doppelheft Februar-März 1929. Verlag Karl Zwilling, Verlagbuchhandlung, Jena. Monatlich ein Heft. Vierteljahrsabonnement 2 M. - Die vorliegende Doppelnummer ist den Betriebsratspraktikern in den Betrieben gewidmet. Außerdem gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Schulungskursen soll das in dieser Doppelnummer niedergelegte Material allen Betriebsratsführern, Betriebsräten und den in den Aufsichtsräten von Aktiengesellschaften sitzenden Betriebsräten zugänglich gemacht werden. Der Wirtschafts-Informations-Dienst ist eine achtschwerere Quelle, die fehlende Wirtschaftskennntnisse angeeignet. - Volkstheoretische Schriftenreihe. Herausgegeben von der Gewerkschaft Deutscher Volkstheoretiker (GDV). G. B. im Allgemeinen Deutschen Beamtenbund. Heft 2: E. G. Bach, Von der Schule ins Erwerbsleben. Preis 60 S. Verlag Verlagbuchhandlung Karl Zwilling, Jena. - Das Besitzen für Jugendliche und Eltern gleichermaßen wertvoll. Die Jugendlichen werden ihre Berufszukunft klarer beurteilen und dadurch vor manchen Enttäuschungen bewahrt bleiben, wenn man ihnen rechtzeitig dies Heft des bekannten Jugendführers in die Hand gibt! Darüber hinaus ist es aber für alle Erzieher wichtig, einmal rückhaltlos von einem Fachmann Aufklärung zu bekommen über die körperlichen, seelischen und wirtschaftlichen Räte und Gefahren der Dierzehn- und Fünfzehnjährigen.

Sterbetafel.

Berlin. Am 9. März starb der Kollege Paul Krebs geboren am 19. April 1860 in Berlin. - Am 17. März starb der Kollege Sebastian Biel, geboren am 28. Oktober 1861 in Uder. - Dresden. Nach langer Krankheit starb am 24. Dezember 1928 unser Kollege Bernhard Voigt im Alter von 64 Jahren. - Frankfurt a. M. Zahlstelle Rödelsheim. Am 7. März starb an Lungenentzündung unser treuer Kollege Michael Eiler im Alter von 46 Jahren. Mitglied seit 1906. - Zahlstelle Niederflorstadt. Am 7. März starb unser treues Mitglied, der Kollege Ernst Luz im Alter von 63 Jahren. Mitglied seit 1898. - Hannover. Am 21. März verlor unsere Filiale zwei treue Mitglieder: Rudolf Jilling, geboren am 2. November 1880 in Schandau, eingetretten am 17. November 1906. Karl Knölke, geboren am 6. September 1886 in Wunstorf, eingetretten am 27. November 1907. - Potsdam. Am 18. Dezember 1928 starb der Jungkollege Paul Plose an Gehirnblutung infolge Schädelbruch beim Radfahren auf dem Wege zur Arbeit. - Am 1. Januar erkrankte der Jungkollege Günther Fechner beim Eislaufen. - Am 9. Februar starb unser treues langjähriges Mitglied, Kollege Louis Sandow geboren am 10. Juli 1872 in Werder an der Havel. Er war es besonders, der die Zahlstelle Werder immer wieder auf die Höhe brachte. - Ehre ihrem Andenken!

Fernunterricht über Malerbuchführung auf die Meisterprüfung, Ausbildung zum Geschäftsführer ohne Berufsprüfung. Franz Wenzel, Raunhof 6, Leipzig.